



„Wir müssen um jedes zehntel Grad kämpfen.“

Die UN-Klimakonferenz Glasgow – historischer Erfolg oder „Bla bla bla“?

Seit 26 Jahren treffen sich Staaten zur UN-Klimakonferenz. Im vergangenen Jahr kamen sie in Glasgow zusammen, um über die nächsten Schritte des Klimaschutzes zu sprechen. Dabei ging es um Kohleausstieg, die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad und Emissionen. Wie sind die Ergebnisse zu bewerten? Was daran ist ein historischer Erfolg, was nur Greenwashing? Wie sieht die Zukunft aus, wenn wir die gesetzten Ziele nicht erreichen? Amosinternational hat mit Christoph Bals von Germanwatch, der bisher an allen Klimakonferenzen teilgenommen hat, über seine Einschätzungen, Forderungen und Wünsche im Blick auf die Klimakrise gesprochen.



Christoph Bals

Amosinternational Vertreter aus etwa 200 Staaten trafen sich vom 31. Oktober bis 12. November 2021 zum 26. Mal zu ihrer „Conference of the Parties“ (COP). Es ging bei dem Treffen in Glasgow vor allem um die Frage, wie bereits vereinbarte Klimaschutzziele doch noch erreicht werden können. War die Klimakonferenz Ihrer Ansicht nach ein historischer Erfolg oder eine derbe Enttäuschung, wie Greta Thunberg es ausdrückt: „Bla bla bla“?

Christoph Bals: Einerseits war es ein Erfolg. Ein Erfolg, weil alle großen Volkswirtschaften der Erde sich erstmals verpflichtet haben, bis Mitte des Jahrhunderts treibhausgasneutral zu sein. Ein Erfolg, weil es wichtige Anzeichen dafür gibt, dass diese Konferenz der Wendepunkt für die Kohle weltweit war. Es gab eine Reihe von Beschlüssen und Ankündigungen, die darauf deuten, dass sehr viele Länder beschleunigt aus der Kohle aussteigen wollen – während

bisher der Einsatz von Kohle Jahr für Jahr gestiegen ist. Ein Erfolg auch, weil es lautstarken Protest und Kritik der Zivilgesellschaft gegeben hat.

Auf der anderen Seite – und dagegen hat sich natürlich auch der Protest der Zivilgesellschaft zurecht gerichtet – war das Ergebnis der Konferenz auch sehr mangelhaft. Ein Grund dafür ist erstens, dass wir auch nach der Konferenz immer noch nicht auf einem 1,5-Grad-Pfad sind – ein Pfad, der die globale Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzen würde. Das wäre aber notwendig, um gigantische Gefahren von unserem Planeten und den darauf lebenden Menschen abzuwenden. Zweitens hat es in Glasgow zwar viele Ankündigungen gegeben, etwa Methan bis 2030 um 30 Prozent zu reduzieren, die Entwaldung weltweit bis 2030 zu stoppen oder zügig aus dem Verbrennungsmotor auszusteigen; aber es ist kein Transparenz-, Prüf- und Umset-

zungsprozess dafür vereinbart worden. Das heißt: Es ist ungewiss, ob und wie die Ankündigungen tatsächlich umgesetzt werden. Das hat Greta Thunberg mit ihrer „Bla bla bla“-Kritik zurecht aufgespießt.

Es war – wie gesagt – ein großer Erfolg, dass wir jetzt Langfristziele von allen emissionsmäßig relevanten Ländern haben. Und wenn diese ab jetzt konsequent umgesetzt würden, könnten wir erstmals von einer Konferenz nach Hause kommen und sagen: Jetzt sind wir auf einem Pfad, der uns zumindest unter die 2-Grad-Grenze führen wird. Doch auch hier gibt es ein dickes Aber: Die Kurzfristziele und die Umsetzungspläne bis 2030 – also das, was jetzt konkret vor uns liegt – deuten in eine ganz andere Richtung. Selbst wenn alles umgesetzt würde, was bis 2030 angekündigt worden ist, sind wir insgesamt damit erst auf einem 2,4-Grad-Pfad, also deutlich über der

Grenze, bei der gesagt werden kann: Das ist wahrscheinlich noch zu bewältigen.

Daher gibt es vollkommen zurecht Kritik und zugleich vollkommen zurecht eine Würdigung der großen Erfolge, die erreicht worden sind. Die Dynamik des Parisabkommens lebt genau von dieser Spannung: Auf der einen Seite hat es sehr ambitionierte Gesamtziele gesetzt – für Klimaschutz, für Resilienz und für die Umschichtung der Finanzströme. Auf der anderen Seite bringt jeder Staat jedes Jahr zur COP konkrete nationale Ziele mit und sagt, zu welchen Maßnahmen er bereit ist. Und zwischen diesen beiden Zielebenen klafft eine garstige Lücke. Es bedarf enormen Drucks der Zivilgesellschaft, des Finanzmarktes, konstruktiver Staaten und Unternehmen um diese Lücke zügig zu schließen. Und die Zeit läuft davon, wenn diese Dynamisierung nicht schnell passiert.

Welche wichtigen Schritte und konkreten Beschlüsse sind darüber hinaus vereinbart worden? Wie bewerten Sie diese Beschlüsse?

Ein wichtiger Punkt ist: Das Regelbuch für das Pariser Abkommen, die vielen Details der Umsetzungsregeln, sind endlich zu Ende verhandelt worden. Das ist Gold wert, weil jetzt endlich die Dekade der Umsetzung beginnen muss. Bis 2030 müssen global die Emissionen um die Hälfte sinken.

Immerhin hat Glasgow die große Lücke bis 2030, auf die ich eben hingewiesen habe, erkannt. Es wurde gemeinsam festgehalten, dass wir uns nicht auf dem 1,5-Grad-Pfad befinden, auf dem wir eigentlich sein müssten. Festgehalten wird auch im Konsens, dass die Emissionen weltweit bis 2030 gegenüber 2010 um 45 Prozent sinken müssen. Und dass es im Moment so aussieht, dass stattdessen die Emissionen bis 2030 sogar noch ein Stück weiter ansteigen werden. Der sich daraus ergebende enorme Handlungsbedarf wird gesehen. Deswegen sind jetzt al-

le Staaten aufgefordert, nicht wie bisher alle fünf bis zehn Jahre, sondern jedes Jahr zum Klimagipfel zu kommen und ihre Fortschritte auf dem notwendigen Pfad bis 2030 nachzuweisen. Ich erhoffe mir konkret von Deutschland und der EU, dass wir Ende des Jahres auf der COP eine Strategie vorlegen, wie unsere Emissionen – zusammen mit den Klimapartnerschaften, die wir international finanzieren – kompatibel dem 1,5-Grad-Pfad bis 2030 gesenkt werden können. Es wäre ein Riesenfortschritt, wenn wir auf diese Weise weiterkommen würden.



Den ärmeren Ländern müssen Klimapartnerschaften angeboten werden

Seit dem Klimaabkommen in Paris 2015 mit seinem 1,5-Grad-Ziel sind global die CO₂-Emissionen weiter gestiegen. Im Abschlusspapier der Klimakonferenz in Glasgow verpflichten sich die Staaten weit deutlicher als bisher zu dem Ziel, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Wie realistisch ist es, dieses Ziel noch zu erreichen? Wie kann es noch erreicht werden?

Wir müssen die Lücken suchen, die der Teufel lässt. Es gibt die Möglichkeit, dass wir dieses Ziel technisch gesehen noch erreichen können. Eine ganze Reihe Staaten begeben sich sehr ernsthaft auf diesen Pfad. Auch Deutschland und die EU haben ihre Klimaziele deutlich verschärft und arbeiten jetzt daran, diese zu implementieren. Ähnlich sieht es in einer ganzen Reihe von Regionen und Ländern auf der Welt aus. Und den Ländern, die ärmer sind, die Schwierigkeiten haben, sich umzustellen, müssen Klimapartnerschaften angeboten werden. Eine solche Klimapartnerschaft haben Deutschland, Frankreich, UK, die USA und die EU-Kommission in Glasgow gemeinsam mit Südafrika vereinbart. Der Ausstieg aus der Kohle und der Einstieg in er-

neuerbare Energien, sowie ergänzend die „Just transition“ – also der Aufbau einer ökonomischen und sozioökonomischen Perspektive in den betroffenen Regionen – muss gemeinsam in Angriff genommen werden durch veränderte Rahmensetzung und Finanzierung. Es geht jetzt darum, in konkreten Kooperationen weiterzukommen: Ich hoffe, dass wir Ende dieses Jahres mit Indonesien ein ähnliches Abkommen haben werden. Auf dem EU-Afrika-Gipfel wurden entsprechende Verhandlungen mit Äthiopien und Ägypten angekündigt. Ich hoffe ebenso, und nach der neuen russischen Aggression verstärkt, dass auch mit der Ukraine eine transformative Energiepartnerschaft zügig weiterentwickelt wird. Für die Emissionsentwicklung zentral wäre eine solche Partnerschaft der G7 mit Indien. Wenn die Ambition des Klimaschutzes dort und in China stimmt, dann sollten diese Staaten mit in den Klimaclub eintreten können, den Bundeskanzler Scholz in der G7 voranbringen will.

Thema Kohleausstieg: Zunächst war in einem ursprünglichen Entwurf des Abschlussdokuments von Glasgow eine komplette Abkehr von der Kohle vorgesehen. Doch vor allem Indien und China, die größten Kohle-Emittenten, setzten in letzter Minute den Kompromiss durch, dass es nicht um einen Ausstieg, sondern nur um das Runterfahren der Kohle geht, und nur jene Stromgewinnung betrifft, bei der nicht mithilfe der sogenannten CCS-Technologie Kohlendioxid gebunden werden kann. Es wurden nicht Subventionen dafür, sondern nur „ineffiziente“ Subventionen untersagt. Wie weit wirft uns dieser Kompromiss wieder zurück? Oder ist er eigentlich schon ein Fortschritt?

Das war ein bitterer Punkt am Ende der Konferenz: Das Wort Kohleausstieg wurde durch das Runterfahren von Kohle ersetzt. Phase-down statt Phase-out. Das wäre nichtsdestotrotz, wenn es in den nächsten Jahren zu einem massiven Phase-down überall, vor allem in China und Indien, kommen



würde, einer der wichtigsten Punkte, um die Klimaziele überhaupt in Reichweite zu halten. Wenn diese Dynamik dann einmal in Gang gekommen ist, wird sie zu einer Selbstbeschleunigung, wie es sie in Deutschland jetzt gibt: Wir reden nicht mehr für 2038, sondern für 2030 von einem Kohleausstieg. Im Moment müssen wir möglichst schnell diesen Wendepunkt organisieren, damit die Emissionen deutlich sinken. In China ist noch nicht absehbar, ob das Land sein Klimaziel für 2030 nachbessert, wie es alle Staaten sollen. Beim mit Abstand größten Emittenten aber müsste man unbedingt nachschärfen, um das 1,5,-Grad-Limit noch erreichbar zu halten; es gibt im Moment widersprüchliche Signale, die aber eher nicht in diese Richtung deuten. Mit Indien könnte die angesprochene Klimapartnerschaft mit der G7 zu einer Wende führen.

Sie haben seit der COP 1 im Jahr 1995 an jeder Klimakonferenz teilgenommen. Gab es merkbare Fortschritte, verglichen mit vorherigen Klimakonferenzen?

Lange Zeit haben die COPs versucht, eher kleinschrittigen Klimaschutz zu organisieren und die Dinge anzugehen, die niemandem weh tun. Erst seit dem Pariser Abkommen 2015 sind wir in einer Phase, in der es um transformativen Klimaschutz geht: also darum, in großen Schritten aus Kohle, Öl und Gas auszusteigen, die Entwaldung nicht nur zu verlangsamen, sondern zu stoppen. Viele der jüngsten Erklärungen deuten in die richtige Richtung, aber die nationale Umsetzung hängt in vielen Ländern der Welt massiv hinterher. Die fossile Lobby von Kohle, Öl und Gas ist immer noch in einer Abwehrschlacht und versucht, ernsthafte Umsetzungen zu verzögern. Die russische Aggression gegen die Türkei könnte andere Themen in den Vordergrund rücken. Andererseits wird in vielen Teilen der Welt transformativ ernst gemacht. Es ist auf einen globalen Emissionsabfall zu hoffen. Das ist ein Riesenunterschied zu

den COPs, die es vorher gegeben hat. Aber, wir sehen immer noch: Es reicht nicht aus, um diese große Gefahrenlage, auf die wir zugehen, zu verhindern. Wir haben sehr viele Jahre verloren. Wir müssen jetzt deutlich schneller und ehrgeiziger sein und mehr Geld bereitstellen. All das kommt zwar in Gang, aber viel zu langsam. Zentral wird jetzt: Wird wegen der hohen Gas-, Öl- und Strompreise in engem Zusammenhang mit der Russland-Ukraine-Krise jetzt die notwendige Wende wieder abgebremst? Oder zieht man den Schluss, dass nun neben den klimapolitischen Gründen auch Argumente der Energiesicherheit und Geopolitik für einen beschleunigten Ausstieg neben der Kohle auch aus Öl und Gas sprechen? Das Tempo müsste mindestens verdreifacht werden. Und das ist noch ein weiter Weg.

Wie haben sich die einzelnen Länder verhalten? Von wem gab es Widerstände und warum? Welche Priorität räumen bestimmte Länder dem Klimaschutz ein? Und was sagt es aus, wenn Staatsoberhäupter wie Vladimir Putin und Xi Jinping an solchen Konferenzen nicht teilnehmen?

Im Fall von China hoffe ich, dass das Fernbleiben des Präsidenten nicht auf fehlende Priorität zurückzuführen ist. Der Regierungschef hat im vergangenen Jahr wegen der Corona-Krise keine Auslandsreisen wahrgenommen. Wichtiger als die Anwesenheit auf der Konferenz ist, was in diesen Ländern passiert. In China gibt es eine sehr ambivalente Situation. Aus verschiedenen Gründen stehen wir dadurch zurzeit ein Stück schlechter da als noch vor einem Jahr. Es erscheint weniger wahrscheinlich, dass die notwendigen Nachbesserungen und Schärfungen zeitnah angegangen werden.

Der nun begonnene neue Konflikt Russlands gegen die Ukraine wird nun hoffentlich zu einem beschleunigten Ausstieg aus Öl und Gas führen. Aber das ist längst nicht sicher.

Es gibt eine relativ große Gruppe ärmerer Länder und Industrieländer, die sich konstruktiv nach vorn bewegen. Große Schwellenländer wie China und Indien sind noch zögerlich. Einige Länder zeigen kaum Fortschritte oder sogar Rückschritte, zum Beispiel Brasilien, Mexiko und Australien. Ein „swing state“ sind die USA: Unter Donald Trump sind sie als Geisterfahrer gegen den Klimaschutz unterwegs gewesen. Jetzt haben sie versucht, eine deutliche Wende einzuleiten. Offen ist, wieviel davon tatsächlich umgesetzt wird. Davon abgesehen ist es erstmal Gold wert, dass die USA überhaupt wieder konstruktiv dabei sind.

 Dass wir noch weit vom 1,5-Grad-Pfad entfernt sind, ist für viele Länder eine existenzielle Bedrohung

Die ärmeren Länder haben kaum zum Klimawandel beigetragen, tragen aber als Hauptbetroffene dessen Konsequenzen. Wie konnten die Länder des Globalen Südens sich während der Konferenz einbringen? Welche Erwartungen haben sie?

Die Gruppe der ärmeren Länder war sehr enttäuscht nach der COP. Zunächst deshalb, weil wir immer noch weit von einem 1,5-Grad-Pfad entfernt sind. Das bedeutet für viele Länder eine existenzielle Bedrohung. Auch beim großen Thema „Loss and damage“, wo es um Bewältigung der Schäden des Klimawandels geht, hat Glasgow kaum Fortschritte gebracht. Es spricht vieles dafür, dass dieses Thema beim nächsten Klimagipfel in Ägypten zentral sein wird.

Welche Rolle hat Deutschland während der Konferenz eingenommen? Und welchen Einfluss kann Deutschland im Rahmen der G7-Präsidentschaft ausüben?

Deutschland hat insgesamt eine konstruktive Rolle in Glasgow gespielt. Wobei die eigentlichen Verhandlungen



gen nicht von Deutschland, sondern von der EU durchgeführt werden, die mit einer Stimme für alle Mitglieder spricht. Deutschland kann nur innerhalb der EU oder in bilateralen Gesprächen mit anderen Ländern etwas voranbringen. Jetzt ist seine Rolle viel größer, als G7-Präsidentschaft. Dort kann Deutschland eine ganze Menge auf Gleis setzen, das hilft, die notwendige Dynamik der Umsetzung zu erzeugen. Es könnte für diese Vielfalt von Ankündigungen einen Transparenz- und Umsetzungsrahmen mit auf den Weg bringen.

Noch viel mehr könnte Deutschland bei der G7 voranbringen: In Glasgow wurde entschieden, dass alle großen Volkswirtschaften international keine Kohle mehr finanzieren; auch China hat keine neuen Vorhaben. Einen solchen Beschluss könnten die G7-Staaten auch für das Ende der Unterstützung von Öl und Gas beschließen. Japan ist das einzige G7-Land, das sich noch dagegen sträubt. Der nächste Schritt wäre dann, das gleiche in den nächsten Jahren auch mit den G20-Ländern zu verhandeln. Es wird von Deutschland zudem hoffentlich die Initiative ausgehen, in der Loss-und-damage-Debatte weiterzukommen und das Konzept eines Schutzschildes für betroffene Länder als G7 zu entwickeln. Wie bereits angesprochen, startet man mit Indien hoffentlich einen Verhandlungsprozess für eine Klimapartnerschaft. Ich habe auch die Hoffnung, dass eine Klimapartnerschaft mit Indonesien, das die G20-Präsidentschaft innehat, abgeschlossen werden kann. Bundeskanzler Scholz hatte als Finanzminister die Idee, einen Klimaclub der ambitionierten Staaten gründen. Dieser darf nicht nur den Wettbewerbsschutz ins Zentrum stellen, sondern auch mehr Ambition. Und er müsste so gestaltet werden, dass er mit Gerechtigkeitsprinzipien vereinbar ist – dass also die, die ärmer sind und ambitionierten Klimaschutz umsetzen wollen, so unterstützt werden, dass ihnen eine Teilnahme möglich ist. Diese Idee ist ein wich-

tiger Punkt, der viele Chancen, aber auch viele Risiken birgt.

Welchen Einfluss hatten Lobby-Organisation, NGO's und Medien während der Konferenz?

Die Konferenzen sind relativ transparent aufgebaut. Nicht nur Lobby-Organisationen, sondern auch die Zivilgesellschaft kann einen starken Einfluss haben, wenn sie gemeinsam Druck auf bestimmte Punkte ausübt. Und die Medien spielen dabei, die Dinge transparent zu machen und diesen Druck dann auch in die Hauptstädte, aber auch zu anderen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft, zu übertragen, eine große Rolle.

Greta Thunberg hat der Konferenz Greenwashing vorgeworfen und sie als Misserfolg und PR-Event bezeichnet. Wie stehen Sie zu ihrer Kritik? (Wie) kann Greenwashing vermieden werden? Oder brauchen wir neue und andere Methoden und Ansätze als die COP, um die Klimakrise zu bewältigen?

Die COP setzt zunächst nur die Ziele und die Länder verpflichten sich, zu Hause diese Ziele zu erreichen. Die meisten Länder sind, was ihre nationale Selbstverpflichtung angeht, auf einem Zielerreichungspfad. Die Kritik von Greta Thunberg ist aber vollkommen gerechtfertigt, wenn es um die Lücke zwischen dem 1,5-Grad-Limit, das die COP anstrebt, und dem, was die Nationalstaaten vorlegen, geht. Denn diese Lücke ist riesengroß. Und ein Teil der Staaten setzt nicht einmal das um, was sie zugesagt haben. Darüber hinaus haben Ankündigungen, die im nicht-formalen Bereich der Konferenz gemacht worden sind – etwa zu Methan, Wäldern und Autos – keinen Transparenz- und Überprüfungsrahmen. Gerade weil es jetzt weniger um die Rahmensetzung geht, sondern um die Umsetzung, ist es wichtig, dafür einen Transparenz- und Monitoring-Rahmen zu entwickeln. Sonst ist die Kritik, dass zumindest ein Teil der Konferenzergeb-

nisse Greenwashing ist, vollkommen berechtigt.

 **Der Druck der Zivilgesellschaft ist wichtig, damit die Klimaziele umgesetzt werden**

Wie geht es nun nach dem Ende der Konferenz in Glasgow weiter? Wie kann sichergestellt werden, dass die Ankündigungen eingehalten werden?

Für die Ziele, die sich die Länder selbst gesetzt haben, gibt es im Regelbuch nun endlich einen Transparenzrahmen. Der wird regelmäßig öffentlich überprüft. Eine Sicherheit, dass die Ziele umgesetzt werden, gibt es damit allerdings nicht. Es rücken keine Panzer in ein Land ein, wenn es seine Klimaziele nicht erfüllt. Es gibt einzig den öffentlichen Druck der Zivilgesellschaft und anderer Staaten, aber auch den ökonomischen Druck insbesondere des Finanzmarktes als große treibende Kräfte, damit die Ziele tatsächlich umgesetzt werden. Die COP kann Klimaziele vereinbaren, ihre Umsetzung kann sie nicht allein ohne den Umsetzungsdruck der anderen Akteure sicherstellen.

Was erwarten Sie konkret von der nächsten COP 27 in Ägypten?

Zum einen wird das Thema „Loss and Damage“ eine wichtige Rolle spielen. Also die Frage, wie die Schäden und Verluste bewältigt werden können, die es jetzt schon durch die Klimakrise vor allem in den ärmeren Ländern gibt und die es in der Zukunft geben wird. Für die Afrikanische Union, die den Klimagipfel gemeinsam mit Ägypten ausgerichtet, wird diese Fragestellung zentral sein.

Zweites Thema ist, dass die Industrieländer eine Klimafinanzierung von 100 Milliarden pro Jahr ab 2020 angekündigt hatten, aber vor zwei Jahren erst 80 Milliarden umgesetzt haben. Ich hoffe, dass wir in diesem Jahr ganz nah oder ganz an die 100 Milliarden

herankommen werden. Es wird zusätzlich einen Prozess geben, dass ab 2025 die Klimafinanzierung auf größere und ambitioniertere Beine gestellt wird. Dabei sollte nicht jedes Land gefragt werden, wieviel es einzahlen will, sondern die Geldströme sollten sich orientieren an den Bedürfnissen, um auf einen 1,5-Grad-Pfad zu gelangen und um die besonders verletzlichen Länder beim Schutz vor der Klimakrise oder bei der Bewältigung der Krisen zu unterstützen. Hoffentlich zahlen dann nicht mehr nur Industrieländer, sondern auch reiche Schwellenländer mit ein. Dieser Prozess wird ein wichtiges Debatthema sein.

Darüber hinaus sollen alle Staaten einen neuen Umsetzungsplan mitbringen, wie sie ihre Ziele für 2030 mit dem 1,5-Grad-Limit in Einklang bringen können. Dabei könnte Deutschland beispielsweise so vorgehen, dass es eine Reihe von weitgehenden Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- oder Schwellenländern finanziert, um gemeinsam auf einen 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Ich hoffe, dass möglichst viele Länder mit solchen ambitionierten Vorschlägen vorankommen. Denn sonst sind uns bald unsere Ziele davongelaufen.

Ohne erhebliche Anstrengungen droht sich die Erde einer UN-Prognose zufolge bis zum Jahr 2100 um fast drei Grad aufzuheizen. Was muss von den Staaten getan werden, um das noch zu verhindern?

Das ist ein Szenario, wo wir alles daran setzen sollen, um es zu vermeiden. Das heißt: Erhebliche Anstrengungen sind notwendig. Wir müssten in Deutschland in allererster Linie und sofort das Ruder für alle Sektoren herumreißen, damit wir endlich auf Zielerreichungspfad kommen. Das bedeutet, dass wir massiv die erneuerbaren Energien ausbauen müssen, aus den Verbrennungsmotoren bei Autos aussteigen und keine neuen Gasheizungen einbauen. Es bedeutet, dass wir in der Industrie die notwendigen Investitionen ermögli-

chen müssen, die die Umstellung der Stahl-, Aluminium-, Chemie- und Zement-Industrie auf treibhausgasneutrale Modelle in den nächsten Jahren ermöglichen. Das sind große Schritte, aber sie sind möglich und bieten Riesen Chancen – ökonomisch, aber auch, was ein lebenswerteres Gesellschaftsmodell angeht. Dazu sollten wir auch ärmeren Ländern verhelfen, indem wir diese Ziele in Partnerschaft mit ihnen umsetzen.

Wir brauchen in erheblichem Maße auch Wasserstoff dazu. Es gibt kein Szenario, wo wir Treibhausgasneutralität ohne einen massiven Einsatz von Wasserstoff erreichen können. Aber die Szenarien, wieviel Wasserstoff eingebracht werden muss, unterscheiden sich sehr stark. Wasserstoff ist zurzeit noch sehr teuer und benötigt sehr viele erneuerbare Energien, um erzeugt zu werden. Er muss für die Bereiche priorisiert werden, wo es keine absehbare Alternative gibt: für den Flugverkehr oder die Industrie. Für diese Sektoren brauchen wir Wasserstoff in erheblichem Maße. Das muss aber in fairer Partnerschaft und nicht in einem allein die Industrieländer im Blick habenden Stil umgesetzt werden.

Trotz starker Kritik hat die EU-Kommission Erdgas und Atomenergie unter bestimmten Umständen als klimafreundlich eingestuft. Halten Sie diese Entscheidung für eine hinnehmbare Übergangslösung oder für eine gefährliche Taktik?

Ich halte die Entscheidung für falsch. Manche Staaten denken, dass sie ihr Energiesystem ohne Kernkraft nicht gestalten können; das ist deren souveräne Entscheidung, auch wenn ich sie für falsch halte. Aber: Das als nachhaltig zu bezeichnen, ist meines Erachtens abenteuerlich. Das ist so wie Pommes Frites in der Salatbar: Das geht einfach nicht! Ähnlich verhält es sich beim Thema Gas. In Deutschland zum Beispiel brauchen wir zusätzliches Gas für die Stromerzeugung, wenn wir gleichzeitig aus Kernkraft und Kohle

aussteigen, können aber insgesamt – insbesondere im Gebäudebereich – den Gasverbrauch zurückfahren. Auch wenn man die Gaskraftwerke vorübergehend nutzt – bis sie auf Wasserstoff umgestellt oder durch andere Optionen ersetzt sind – kann das trotzdem nicht als nachhaltig bezeichnet werden. Gas ist zwar besser als Kohle, setzt aber bereits in der Herstellungskette viel an Treibhausgasen frei. Und dieses Greenwashing ist total kontraproduktiv. Ich rechne damit, dass es auch Klagen gegen diesen Beschluss geben wird und halte diese für aussichtsreich. Vorher sehe ich eine gute Chance, dass das Europäische Parlament die Entscheidung kippen wird.

In den vergangenen Jahren gab es vermehrt zivilgesellschaftliche Aktionen wie Demonstrationen von Fridays for future oder Autobahnstreiks. Welchen Einfluss haben zivilgesellschaftliche Aktionen auf die Ebene politischer Verhandlungen?

Ohne den Druck von Fridays for future hätten wir ganz viele der politischen Erfolge in den Nationalstaaten und bei den Verhandlungen von UNFCCC nicht erreicht. Diese zivilgesellschaftliche Aktion ist die große selbst erneuernde Kraft der Weltgesellschaft und ein Riesenschatz. Ich hoffe, dass der davon ausgehende dynamische Druck weitergeht.

Zum Thema Autobahnstreiks: Ich finde es wichtig, Protestformen so zu organisieren, dass sie die Wahrscheinlichkeit haben, viele Menschen davon zu überzeugen, mitzugehen und mitzumachen. Ist das hierbei der Fall? Ich habe großes Verständnis dafür, dass viele enttäuscht davon sind – das bin ich selber auch – dass wir noch zu langsam auf dem Pfad sind, und die Umsetzung in Deutschland – auf jeden Fall, was wir von der letzten Regierung gesehen haben – absolut unzureichend ist. Hier zusätzlich Druck zu machen und dabei auch innovative Formen des Protests zu nutzen, finde ich sinnvoll und gut. Aber wir müssen dabei sehr



genau schauen, dass das Formen des Protestes sind, wo wir Mehrheiten organisieren können und nicht die Menschen verprellen.



Die Enzyklika Laudato si' regt zum Handeln im Hier und Jetzt an

Vor der Klimakonferenz in Paris hat Papst Franziskus mit Laudato si' die erste Enzyklika zum Thema Umweltschutz veröffentlicht. Was können Politik und Wirtschaft von diesem Input der Kirche lernen?

Die Enzyklika ist ein in vielerlei Hinsicht erstaunliches Papier, weil es ungeschminkt die Gefahren, auf die wir zugehen, aufzeigt, und alle Menschen unabhängig ihrer Religion aufruft, sich für die Transformation des „gemeinsamen Hauses“ einzusetzen. Ökologische und soziale Fragestellungen werden dabei in einer sehr intelligenten Weise miteinander verknüpft. Obwohl die Enzyklika mit Blick auf die Risiken kein Blatt vor den Mund nimmt, ist ihr Wortlaut ermutigend. Sie läuft nicht Gefahr – wie viele andere Positionen der Umwelt- und Entwicklungsszene – dass die Menschen in einen Fatalismus abgleiten. Sie vertröstet nicht aufs Jenseits, sondern regt zum Handeln im Hier und Jetzt an. Dieser Impuls von Papst Franziskus ist sehr bemerkenswert und ein turnaround für die katholische Kirche, die sich bis zu dem Zeitpunkt aus dem Thema rausgehalten hatte.

Ich hoffe, dass es zum Beispiel beim G20-Gipfel in Indonesien, wo es einen Islam gibt, der sehr aufgeschlossen ist für solche Themen, gelingt, unterschiedliche Religionen gemeinsam zu ähnlichen Aktivitäten zu bringen. Neben der wichtigen Rolle von Wissenschaft, Politik und Kultur ist es spannend, zu sehen, ob auch Religion und Spiritualität eine konstruktive Rolle übernehmen können, da diese für viele Menschen, in Europa weniger als anderswo, eine motivierende Rolle spielen. Etwa, um langfristiges En-

gagement auch bei Enttäuschungen durchzuhalten.

In den letzten Jahren gab es vielerorts Waldbrände, Flutkatastrophen etc. Extremwetterereignisse sind schon jetzt an der Tagesordnung. Doch anscheinend reicht das als Weckruf nicht aus. Haben die Weltmächte entschieden, den Planeten brennen und ertrinken zu lassen?

Mich verblüfft es immer wieder, zu sehen, wie wenige Menschen, die die existenzielle Herausforderung sehen, vor der wir stehen und – obwohl wir gleichzeitig die technischen und organisatorischen Möglichkeiten hätten, sie zu vermeiden –, eins und eins zusammenzählen und daraus als Politiker:in, Entscheidungsträger:in in der Wirtschaft, als engagierte Bürger:innen die notwendigen Schlüsse ziehen. Es ist uns ganz viel Zeit davongelaufen und vieles ist schon nicht mehr vermeidbar. Die Probleme steigen exponentiell. Mit jedem zehntel Grad werden dieses Paket an Schäden und die Möglichkeit eines sich selbst verstärkenden Klimawandels größer.

Schaffen wir noch den Kippunkt? Wie viel Zeit bleibt uns noch?

Es gibt nicht den einen Kippunkt, sondern eine Reihe von Kippunkten; diese liegen bei unterschiedlichen Temperaturwerten. Es lohnt sich, um jedes zehntel Grad zu kämpfen. Sonst erreichen wir einen Zustand, der für große Teile der Menschheit nicht mehr zu bewältigen ist und eventuell schon in diesem Jahrhundert auf sie zukommt.

Die jetzige Dekade ist sehr entscheidend. Wenn dieses Jahrzehnt nicht genutzt wird und die globalen Emissionen um die Hälfte verringert werden, haben wir nur noch eine sehr geringe Chance, ohne massive Eingriffe des Geo-Engineerings – wo die Nebenwirkungen eventuell größer sind als die positiven Wirkungen – eine Klimakrise ungeahnten Ausmaßes abzuwenden. Diese Dekade muss zur Dekade der

ZUR PERSON

Christoph Bals, geb. 1960, ist politischer Geschäftsführer der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch e.V. Bals studierte Theologie, Volkswirtschaft und Philosophie und ist gegenwärtig Mitglied in vielen Steuerungs- und Beratungsgremien, u. a. im Sprecherrat der Klima-Allianz Deutschland, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung Zukunftsfähigkeit, stellvertretender Vorsitzender der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) und im Integritätsrat von atmosfair. Darüber hinaus ist er Mitglied im Beirat der Stiftung KlimaWirtschaft.

Umsetzung werden. Dafür liegen in der EU und in Deutschland Ziele auf dem Tisch. Wir sollten alles tun, denen, die die Umsetzung vorantreiben, den Rücken zu stärken.

Was ist Ihnen noch wichtig, zu erwähnen?

Diese ungeheuren Chancen, die darin liegen, dass wir einerseits – statt der zunehmenden Polarisierung in der Welt und in unserem Land, die wir derzeit sehen – Kooperationschancen wahrnehmen, uns vernünftig auf die Klimakrise einzustellen und sie möglichst einzudämmen; dass wir andererseits sehen, welche Chancen in den neuen Lebensformen liegen, die sich zwangsläufig entwickeln, wenn man aus Kohle, Öl und Gas aussteigt; wenn die eigenen Importe nicht mehr mit Menschenrechtsverletzungen in anderen Teilen der Welt bezahlt sind. Das sind für das Zusammenleben ganz viele neue Möglichkeiten eines weniger luxuriösen aber – dafür für viele – lebenswerteren Leben. Daran zu arbeiten, wie das gemeinsam aussehen kann, ist eine der großen Chancen und Herausforderungen, die vor uns liegen. Ich freue mich darauf.

Das Interview führte Claudia Schwarz, Dortmund